

Zur Rechtfertigung des russischen Überfalls

Ukrainekrieg: „Die USA meinen es bitterernst“, FR-Feuilleton vom 25. Februar

Ein krasses Beispiel für Antiamerikanismus

Das Interview mit dem Soziologen Streeck bietet ein krasses Beispiel für den unter deutschen Intellektuellen verwurzelten Antiamerikanismus. Streecks Wortwahl und Argumentationsweise erinnern an die Diskussionen in den Hörsälen während der Studentenbewegung, als es in erster Linie darum ging, den Hauptfeind USA verbal zu bekämpfen. Hatte man damals allerdings gute Gründe (Vietnamkrieg), so ist das, was Streeck hier bietet, ein auf Unterstellungen und Verdrehungen beruhendes Konglomerat, das der Rechtfertigung des russischen Überfalls dient.

Demnach hätte nicht Russland diesen Krieg langfristig geplant und vorbereitet, sondern die USA: Biden habe schon als Vizepräsident unter Obama die Ukraine hochrücken lassen, damit Russland militärisch gebunden und „wirtschaftlich ruiniert“ werde. Und er habe schließlich auch die Nordstream-Pipeline sprengen lassen, daran hat er keinen Zweifel. Deutschland als ein unterworfenen Land werde von den USA auf eine „direkte Kriegsbeteiligung“ vorbereitet, während ukrainische Nationalisten einen „Endsieg“ (!) mit einem „Einmarsch der ukrainischen Armee in Moskau“ planten, möglicherweise begleitet von einer zukünftigen „Kanzlerin Baerbock“.

Schon an der Wortwahl wird deutlich, wie Streecks Argumentationsstruktur der Putinschen Propaganda folgt: Demnach herrschen in der Ukraine Nazis, die Russland erobern wollen, und die deutschen Grünen mit ihrer „Pro-Ukraine-Rhetorik“ seien der Hauptfeind für den Frieden.

Die Erlösung erhofft sich Streeck von China, das für ihn die große Friedensmacht verkör-

pert, die aber ebenfalls von den USA verfolgt werde. Denn – wir kennen das Schema inzwischen – China bedroht ja nicht Taiwan, sondern die USA benutzen Taiwan nur, um einen „fernöstlichen Krieg gegen China“ vorzubereiten. Derartige Verschwörungserzählungen finden sich bei Rechts- wie Linksextremen. Dann wundert man sich auch nicht mehr über den bemerkenswert zynischen Satz, mit dem Streeck die dreisten Lügen Putins gegenüber westlichen Staatsmännern rechtfertigt: „Wenn es dem eigenen Sieg dient, muss und darf man lügen.“ Sonja Zöller, Frankfurt

Nicht einverstanden damit, was derzeit Politik ist

Die Existenz abweichender Meinungen zu den Maßnahmen einer Regierung sind Voraussetzung dafür, dass man in einem Gemeinwesen zu recht von Meinungsfreiheit sprechen kann. Im Falle der von Wagenknecht und Schwarzler initiierten Demonstration für eine andere Politik in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, wird uns vorgeführt, wie wenig die Wahrnehmung des Rechts auf eine eigene Meinung von den Regierenden geschätzt wird, wenn sich diese Meinung nicht einverstanden mit dem zeigt, was derzeit praktische Politik ist.

Daher ist es besonders lobenswert, dass die FR ein Interview mit dem Soziologen Wolfgang Streeck druckt, der das Manifest mit unterzeichnet hat und kein Hehl daraus macht, dass er den Akteuren der pro-ukrainischen Allianz nicht zutraut, dass sie diesen Konflikt zu einem guten Ende bringen. Im Gegenteil. Ein weiteres Verfolgen der von ukrainischer Seite und ihren deutschen Unterstützern formulierten Kriegsziele wird unweigerlich in eine Katastrophe füh-

ren. Daher ist es wenig verwunderlich, dass der Vizekanzler hier eine „Irreführung der Bevölkerung“ wittert.

Perfide wird die Polemik gegen Wagenknecht/Schwarzler da, wo sie die fehlende Abgrenzung gegen den Rechtsradikalismus anmahnt. Das ist ein geheuchelter Vorwurf, der so tut, als fände man das Anliegen der Demonstrierenden nur deshalb zu kritisieren, weil es Lob von der falschen Seite erhält. Darüber hinaus ist der Vorwurf das Eingeständnis, dass einem die Absichten von Wagenknecht/Schwarzler nicht passen, aber man nicht wirklich etwas dagegen vorbringen könnte. Das Problem mit der Abgrenzung nach „rechts“ taucht typischerweise immer dann auf, wenn es darum geht, vermeintlich linke Positionen zu diskreditieren. Als es z.B. um die Laufzeitverlängerung der Akw ging, eine Forderung der AfD vom März 2022, wurde dieser Vorwurf nicht laut, als die FDP dasselbe forderte und der grüne Wirtschaftsminister sie realisierte. Hans Blaschke, Bad Vilbel

Kein Rückgrat, Keine Selbstachtung

Herr Streeck, einmal wissen Sie ganz genau, mit welchem Ergebnis dieser Krieg territorial enden wird, dann aber wissen Sie nichts – und zwar immer dann, wenn die Fragen an Sie brenzlich werden. Ihre Stellungnahme bzw. Aussendungen sind eine Schande für die Soziologie als kritische Wissenschaft, das Max-Planck-Institut, unsere bisherigen Überzeugungen zu Menschenrechten, zur Freiheit und Friedenssicherung. Dieser „Schmarrn“, den Sie in dieser Zeitung von sich geben, dient nur dem Mörder-Regime Putin. Kein Rückgrat, keine Selbstachtung – nur das gefällige Nachgeben gegenüber dem Aggressor. Werner Langhans, Lindau



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE
Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/fz20230228

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Wirtschaftswissenschaftler Yannick Schwarz vom Netzwerk Steuergerechtigkeit über den Cum Ex-Skandal und die Folgen.
Freitag, 3. März, 19.30 Uhr
Bühne Marleen, Liliencarré
Bahnhofplatz 3, Wiesbaden

Jutta Rippegather moderiert das Podiumsgespräch der Gewerkschaft Verdi „Zukunft des Universitätsklinikum Gießen-Marburg – Leuchtturm der guten Arbeitsbedingungen und Patientenversorgung?“ mit Spitzenkandidat:innen zur Landtagswahl.
Dienstag, 7. März, 17.45 Uhr
Kongresshalle Gießen

Pitt von Bebenburg moderiert die hybride Konferenz „Faire Arbeit in Europa“ des DGB-Bildungswerks und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mit Anja Piel (DGB-Vorstand), Rolf Schmachtenberg (Sozial-Staatssekretär) und anderen. Mit Livestream. Anmeldung bis 8.3. unter raya.maana@fes.de
Mittwoch, 15. März, 13 Uhr
Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastr. 28, Berlin

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Michael Müller, Bundesvorsitzender der Naturfreunde Deutschlands, über Wege zum Frieden.
Sonntag, 26. März, 11 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5
Frankfurt

Human nach Kassenlage

Sondervermögen: „Zu hohe Schulden, zu wenig Luft“, FR-Politik vom 2.3.

Offenbar reichen die öffentlichen Gelder, um Milliarden in die Verteidigung der Ukraine zu pumpen – immerhin sind wir am 24.2.2022 in einer anderen Welt aufgewacht. Geld spielt da keine Rolle.

Für Tausende von Menschen, die im Vertrauen auf die vielfach beschworenen westlichen Werte unter Lebensgefahr Schutz in Europa suchen, scheint es aber keine ausreichenden Finanzmittel mehr zu geben. Die europäischen Länder sind sich einig, die Grenzen auf dem Balkan und die Fluchtwege übers Mittelmeer immer undurchlässiger zu machen, in immer mehr Fällen mit tödlichen Konsequenzen.

Warum müssen so viele Menschen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, Libyen, Somalia, Eritrea und und ... ins wenig gastliche Europa kommen? Kriege in ihren Herkunftsländern kann es ja nicht geben, die europäischen Spitzenpolitiker/innen konnten dort keine Zeitenwende erkennen. Die gibt es auch nicht, die kriegerischen Auseinandersetzungen dort dauern meist schon Jahrzehnte, häufig begleitet von Naturkatastrophen. Aber ihre Opfer sind asiatischer und afrikanischer Herkunft, sie kämpfen dort nicht für westliche Werte, weil die in ihren Ländern unbekannt sind. Die Würde des Menschen ist unantastbar? Wer glaubt im Rahmen unserer wertebasierten und selbstverständlich antirassistischen Außenpolitik denn noch an so was? Schließlich sind unsere überforderten Politiker/innen zu ihrer großen Überraschung plötzlich in einer ganz anderen Welt aufgewacht.
Margret Heym, Frankfurt

Alles wird teurer

Zu: „Verhärtete Fronten im Tarifstreit“, FR-Wirtschaft vom 24. Februar

Die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst fordert 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro mehr Gehalt je Monat. Schließlich müsse die Inflation ausgeglichen werden. Die Inflationsrate sei gesunken.

Diese Einschätzung kann ich nicht teilen. Ab Januar 2023 sind die Preise für Fleisch und Wurstwaren sowie für Molkereiprodukte bis zu 40 Prozent gestiegen. Selbst Brot und Backwaren machen keine Ausnahme. Die in Norddeutschland beliebte Brengewurst zum Grünkohl ist von 8,50 Euro je Kilo auf 18,20 gestiegen. Der Becher Sahne von 69 Cent auf 1,09 Euro und das Frühstücksbrötchen ist um fünf Cent teurer geworden. Es müssen aus meiner Sicht keine 10,5 Prozent sein, es reicht aus, wenn alle Beschäftigten 500 Euro je Monat mehr bekommen. Damit haben die höheren Einkommen nicht die angepeilten 10,5 Prozent. Jürgen Hempel, Lüneburg

Mehr kaufen heißt auch, mehr zu entsorgen

Ghana: „Ein Fluss voller Lumpen“, FR-Wirtschaft vom 23. Februar

Die Verantwortung liegt bei uns

Beim Lesen dieses erschütternden Artikels kommt mir sofort die Documenta in den Sinn. Das Problem, das Heil und Schulze in Ghana erklärt bekamen, wurde auch in Kassel thematisiert. Die Künstler des „Nest“-Kollektivs aus Kenia hatten einen Pavillon aus tonnenschweren Quadern mit gepressten Altkleidern gebaut, wie sie nach Afrika geliefert werden. „Mitumba“ heißen in Kenia Altkleiderpakete, „Return to Sender“ die Installation, die den Spieß umdrehte.

Im Innern des Pavillon wurde man durch den Begleitfilm darüber informiert, wie der Handel funktioniert: Die Importeure können nur ganze Quader mit Tausenden von gepressten Textilien kaufen, ohne Einfluss auf den Inhalt. Die Exporteure nutzen das skrupellos aus: Die wertigen Stücke werden an den Au-

ßenseiten aufgeschichtet, das Innere des Quaders wird mit minderwertigem ausgefüllt. Es ist schlimm, dass der textile Schrott in der Umwelt landet. Müllverbrennungsanlagen gibt es dort nicht. Und wenn es sie gäbe, wäre es Schwachsinn, den Textilmüll erst nach Afrika zu verfrachten, anstatt ihn bei uns zu verfeuern. Die Verantwortung dafür liegt bei der Politik, bei uns!

Leider hat die hochgekochte Diskussion über die antisemitischen Randerscheinungen auf der Documenta – mehr war es aus meiner Sicht nicht – alles andere überlagert und dazu geführt, dass die Arbeiten der insgesamt 1500 Künstler:innen kaum noch beachtet wurden.
Bernfried Kleinsorge, Egelsbach

Ein stinkender Müllberg aus unseren Lumpen

Der Bericht ist erschütternd. Die westliche Welt entsorgt ihre alte

Kleidungsstücke nach Ghana, so dass am Flussufer ein stinkender Müllberg von 30 Metern Höhe entsteht. Der Fluss und das Ufer des angrenzenden atlantischen Ozeans sind voller Lumpen.

Das Mantra „Mindestens zwei Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr“ und die kostengünstige Entsorgung verursachen solche Missstände in den armen Ländern. Unser Wirtschaftssystem verkraftet ohne Probleme acht Prozent Inflation, Staatsverschuldung und Rezession.

Es wäre für unser Zusammenleben, für unsere Gesellschaft und für die Umwelt besser, wenn wir statt zwei Prozent Wirtschaftswachstum mehr Gerechtigkeit, mehr Zufriedenheit und eine verbesserte Umwelt als Ziele definieren würden, anstatt mehr zu produzieren, mehr zu kaufen und mehr zu entsorgen.
Herbert Müller, Dietzenbach